

SPD
SPD
SPD

JUSO

Rheinl. Pfalz
Jungsozialisten

Mainz

Bericht der Delegation über Seminar in Polen

A 98 - 06217

Das Programm der Delegation der Mainzer Jungsozialisten während des Aufenthaltes vom 27.4. - 8.5.1974 als Gäste der Studentenorganisation SZSP an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau (SGPIS).

- 27.April Ankunft in Warschau
- 28.April 10.00 Uhr - Besichtigung der Stadt
- 29.April 12.00 Uhr - Vortrag und Diskussion über Probleme der Kommunalpolitik.
 17.00 Uhr - Diskussion mit einem Journalisten aus der Presseagentur "Interpress."
- 30.April 10.00 Uhr - Warschauer Amt für StadtPlanung
 14.30 Uhr - Besuch bei der Polnischen Außenhandelskammer.
- 1.Mai 1.Mai-Kundgebung

2. Mai 11.00 Uhr - Vortrag über die Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft.
 13.00 Uhr - Empfang durch den Rektor der SGPIS
 15.00 Uhr - Diskussion mit den Vertretern des Ost-West-Institutes
 16.30 Uhr - Gespräch mit dem Pressereferenten der Deutschen Botschaft.
3. Mai 10.00 Uhr - Betriebsbesichtigung: PKW-Werke FSO Warszawa - Zeran
 15.00 Uhr - Diskussion über die Produktionsgenossenschaften
 18.00 Uhr - Treffen mit Warschauer Vorstand des Sozialistischen Verbandes der Polnischen Studenten-Krakowskie Przedmieście 24
4. Mai 9.30 Uhr - SGPIS, Abfahrt
 13.00 Uhr - Besichtigung der Staatswirtschaft PGR Kozłowa-Wojewodschaft, Übernachtung in Nidzica (Ordensburg) Neidenburg
5. Mai Weiterfahrt über Olsztyn (Allenstein), Führungshauptquartier Wolfsschanze, Ankunft in Gdansk (Danzig) Übernachtung in Sopot
6. Mai Besichtigung von Gdańsk ;
 KZ - Lager Stutowa (Stutthof)
7. Mai 10.00 Uhr - Treffen in CENTROMOR. Zusammenarbeit zwischen VRP und BRD in Schiffbau.
 15.00 Uhr - Betriebsbesichtigung: Lenin-Werke in Gdańsk.
8. Mai Abreise über Thorn nach Stettin, Aufenthalt und Übernachtung.

Probleme der Kommunalpolitik

A 98 - 06217

Hauptaufgaben der Kommunalpolitik sind die Problematiken, die die Wohnmisere, den Umweltschutz und die Gesundheitsfürsorge betreffen.

Der letztere Punkt scheint nach Aussagen der polnischen Diskussionsteilnehmer in den zurückliegenden Jahren weitgehend gelöst worden zu sein. Als Novum ist die Tatsache anzusehen, daß die kostenlose Gesundheitsfürsorge erst seit zwei Jahren die Landwirte mit einschließt, obwohl

gerade die Landwirtschaft im Rahmen der polnischen Ökonomie eine wichtige Rolle spielt. Ärztliche Betreuung und Krankenhausaufenthalte sind generell kostenlos, während beim Kauf von Medikamenten der Patient 30 % der Kosten tragen muß.

Die Lösung des Problems Umweltschutz wird in der VR Rlen ebenso wenig beachtet wie in westlichen Staaten. Privatwirtschaftliche Betriebe werden im Falle von Wasser- oder Luftverunreinigungen zu gesetzlich festgelegten Geldstrafen verurteilt, die in der Größenordnung den unsrigen gleichem. In absehbarer Zukunft sollen allerdings Forschungsaufträge an den Hochschulen vergeben werden.

Ebenso besteht auf dem Gebiet der Stadtplanung eine enge Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Behörden und den Hochschulen. Hauptaufgabe der Städteplaner und Kommunalpolitiker ist in erster Linie, der akuten Wohnungsnot Herr zu werden und auch dabei die Probleme der Sozialstruktur zu berücksichtigen. Von offizieller Seite ist zu hören, daß dies bei der Errichtung von Neubaugebieten immer der Fall war; persönliche Eindrücke widersprechen dem.

Wohnungen werden in Polen sowohl vom Staat als auch von den Genossenschaften gebaut. Klassen mit geringem Einkommen (bis 1000 zł., 1/3 des Durchschnittseinkommens) haben Anrecht auf eine staatliche Wohnung. Die Mieten in diesen Wohnungen sind äußerst gering (7 - 8 % des Einkommens); der Mietpreis bei genossenschaftlichen Wohnungen liegt ca. 60 % höher. Bei staatlichen Wohnungen deckt der Mietpreis anfallende Reparaturkosten und Verwaltungsgebühren; bei genossenschaftlichen Wohnungen müssen laufende Kosten vom Mieter zusätzlich entrichtet werden. Ebenso muß vor dem Bau der Wohnung eine Vorauszahlung geleistet werden. Generell beträgt die Wartezeit für eine Wohnung fünf bis sechs Jahre, bei dringenden Fällen kann die Wartezeit verkürzt werden. Selbst jungverheiratete Paare müssen mit einer längeren Wartezeit rechnen. (Wohnungsbau im Verhältnis zu Eheschließungen 75 % zu 100 %).

Der Erwerb von persönlichem Besitz (Errichtung von Eigenheimen) wird vom Staat mittels Krediten gefördert. Ein Flächennutzungsplan für solche Siedlungen wird vom Nationalrat erstellt, Form und Bauweise dieser Häuser ist festge-

legt. Das Land wird meistens als Erbpacht vom Staat (99 Jahre) zur Verfügung gestellt. Eine weitere Möglichkeit, Land zu erwerben, ist der direkte Ankauf meist landwirtschaftlicher Grundstücke. Im Vergleich zur BRD muß aber lediglich der Käufer eine Steuer entrichten. Die Möglichkeit einer zu großen Bereicherung soll allerdings sowohl auf dem Sektor als auch auf dem der privaten Wohnungsvermietung ausgeschlossen sein, da Verkaufs- und Mietpreise vom Staat festgelegt sind.

Gedanken über die Zersiedlung der Landschaft macht man sich noch nicht.

Der öffentliche Nahverkehr soll dem Auto gegenüber den Vorrang haben. Eine Kostendeckung durch die Fahrpreise kann lediglich in Städten mit weniger als 100.000 Einwohner erreicht werden; bei größeren Städten 20 % Defizit. Durch das starke Ansteigen der Treibstoffpreise (Benzin: 50 %, Diesel: 300 %) erhöhten sich die Fahrpreise um 100 %.

Diskussion mit einem Vertreter von "Interpress".

Der zentrale Punkt dieser Diskussion war der aktuelle Stand der politischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Die Verhältnisse in der Bundesrepublik werden von Polen mit großem Interesse verfolgt, und das gilt für die negativen, wie auch für die positiven Entwicklungen. Auf den verschiedenen Gebieten hat sich die Normalisierung der Verhältnisse zwischen Polen und der Bundesrepublik sehr unterschiedlich entwickelt. Besonders im wirtschaftlichen Bereich gab es große Fortschritte. Gerade weil aber die Bundesrepublik der bedeutendste westliche Handelspartner Polens ist, ist es notwendig, die Handelsbilanz zu einem besseren Ausgleich zu bringen. Das polnische Defizit sollte durch den Abbau von Handelsschranken, aber auch durch industrielle Kooperation verringert werden. Die Struktur des polnischen Exportes ist noch zu einseitig und es werden noch zu wenig Fertigprodukte verkauft. Daß aus

dem Agrarland der Vorkriegszeit heute ein Industriestaat geworden ist, hat noch nicht den entsprechenden Niederschlag in der Handelsbilanz gefunden. Es wurde deutlich darauf hingewiesen, daß die polnische Planwirtschaft aufgrund ihrer Struktur sehr stark an langfristigen Verträgen interessiert ist, die dem Wirtschaftssystem entgegen kommen.

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und Polen hat sich sehr stark entwickelt, wenn auch die absoluten Zahlen noch gering sind. 250.000 Besucher aus der Bundesrepublik waren in Polen und 100.000 Polen hatten im letzten Jahr die Bundesrepublik besucht. Diese Besucherzahlen weisen starke Steigerungen auf, wobei man in Polen besonders über den hohen Anteil an Jugendlichen erfreut ist, da man gerade von ihnen ein größeres Verständnis für Polen und seine besonderen politischen und historischen Verhältnisse erwartet.

In Bezug auf die Schulbücher, die noch vor nicht allzu langer Zeit besonders in der Darstellung der Geschichte wenig erfreulich aussahen, haben sich in verhältnismäßig kurzer Zeit sehr positive Entwicklungen ergeben. Auch in kontroversen Bereichen ergaben sich gute Übereinstimmungen der Historiker.

In den zur Zeit laufenden Regierungsverhandlungen gehe es vor allem um humane Probleme, die deshalb schwierig seien, weil die beiden Regierungen über diese Probleme unterschiedliche Ansichten haben.

Für die Polen handelt es sich um die Entschädigung der KZ- und Zwangsarbeitsopfer der NS-Zeit, während es für die Bundesrepublik um die Familienzusammenführung geht. Für Polen ist die Lösung der Entschädigungsfragen ein innenpolitisches Problem und man hofft auf eine für beide Seiten annehmbare Lösung. In Bezug auf die Familienzusammenführung heißt es, daß seit 1970 rund 50.000 Personen umgesiedelt wurden und seit 1957 über das Rote Kreuz 500.000 aus Polen ausreisen konnten, von denen 50.000 in die DDR gingen. Das Problem liegt im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht, das zur Folge hat, daß heute noch etwa 1 Million Menschen in Polen leben, die nach deutschem Recht deutsche Staatsbürger sind, nach polnischer Ansicht aber polnische Volksangehörige sind. Es wurde ausdrücklich in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß man Staats-

angehörigkeit und Volkszugehörigkeit nicht vermischen sollte.

Die Existenz eines Junktims zwischen der Familienzusammenführung und der Gewährung eines Kredits durch die Bundesregierung über eine Milliarde Mark wurde bestritten, aber darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Verhältnisse zwischen der Bundesrepublik und Polen nicht einseitig auf einzelnen Gebieten geschehen könne und andere Bereiche am Rande liegen bleiben können.

Man sollte auch nicht übersehen, daß die Familienzusammenführung oft nicht mehr ist, als eine wirtschaftlich orientierte Emigration. In Polen habe man wenig Verständnis für die Leute, die 1946 bewiesen haben, daß sie Polen seien und die nun auf einmal wieder Deutsche sein wollen. In diesem Zusammenhang wurde an die "Speck-Dänen" erinnert.

Nicht selten beruhe diese Emigration auch auf völlig falschen Vorstellungen über die Bundesrepublik und um sich besser informieren zu können, sei eine größere Freizügigkeit diesen Ausreisewilligen gegenüber angebracht. Anfänge in dieser Richtung scheinen in geringem Maße gemacht zu werden. Es werden offenbar auch Überlegungen darüber angestellt, in der Bundesrepublik nach Rückkehrwilligen zu suchen.

In der Diskussion entstand der Eindruck, daß sich die amtliche polnische Politik in dieser Richtung entwickeln könnte und dazu paßt auch der Hinweis auf die 30.000 Besucher bei Verwandten in der Bundesrepublik.

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen wird alltäglicher und Probleme, die man unterschätzt hatte, zeigen sich nun in ihrer wahren Größe. Mit Rücksicht auf die innenpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik habe Polen das Wort "Wiedergutmachung" vermieden, aber man dürfe daraus nicht den Schluß ziehen, daß bestimmte Probleme einfach nicht existierten. Reparationen habe Polen erhalten und zwar aus der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone. Später habe Polen dann auf weitere Reparationen verzichtet, um damit den Aufbau der DDR zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wurde deutlich darauf hingewiesen, daß Polen aus nationalem Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung nicht interessiert ist.

Gespräch mit dem Leiter des Amtes für Stadtplanung.

Zuerst wurde uns - das Gespräch war angekündigt unter dem Titel "Neue Tendenzen in der Stadtpalnung und Architektur" - eine kurze Einführung in die historische Entwicklung und die Stadtgeschichte Warschaus gegeben: erste Besiedlung Ende des 14. Jahrhunderts, 1569 - 1611 Verlegung der königlichen Residenz von Krakau nach Warschau durch König Sigismund III., im 17. Jahrhundert Einfall der Schweden, im 18. Jahrhundert Entwicklung zum kulturellen Zentrum, zahlreiche Paläste und repräsentative Gebäude entstehen während dieser Zeit.

Im zweiten Weltkrieg wurde die Stadt zu 85 % systematisch zerstört, lediglich der am linken Weichselufer liegende Stadtteil Praga wurde nicht in diesem ungeheuren Ausmaß betroffen. 800.000 von den ehemals (1939) 1,3 Millionen Einwohnern wurden getötet.

Nach der Entscheidung, Warschau wieder als Hauptstadt Polens aufzubauen, begann man unverzüglich nach Kriegsende mit der Errichtung von Wohnungen, aber auch die historischen Baudenkmäler wurden zur Demonstration der geschichtlichen Entwicklung Polens wieder aufgebaut (z. B. Rekonstruktion von Adelspalästen als Verwaltungs- und Regierungsgebäude). In den fünfziger Jahren wurde die Warschauer Altstadt - Stare Miasto - wiederaufgebaut, wobei man die überwiegend aus dem 17. und 18. Jahrhundert stammenden Gebäude nach über den Krieg geretteten Inventarzeichnungen polnischer Architekturstudenten äußerlich originalgetreu rekonstruierte, die Innenausstattung jedoch modern gestaltete und mit zeitgemäßen sanitären Anlagen ausstattete. Auch das Warschauer Stadtschloß wird zur Zeit nach den ursprünglichen Plänen mit Mitteln wiederaufgebaut, die die Warschauer Bevölkerung durch Spenden aufbrachte. Heute ist die Warschauer Altstadt, besonders der Marktplatz, ein beliebter Treffpunkt der Jugend der Stadt, besonders aber der Touristen. Der gesamte Altstadtbereich ist als Fußgängerzone eingerichtet.

Nach dem Kriege war der gesamte Boden im Warschauer Stadtgebiet kommunalisiert worden. (135 km²). Später wurden weitere Gebiete angegliedert, und heute umfaßt das Stadtgebiet fast 1.400 km². Die vor dem Kriege sehr hohe Wohndichte konnte vermindert werden, heute leben auf der sehr viel größeren Fläche nur wenig mehr Menschen als 1939 (1939 - 1.307.000 Einwohner gegenüber 1.317.000 im Jahre 1973).

In den ersten Jahren des Wiederaufbaus wurde die Ansiedlung von Industriebetrieben aller Art forciert, heute jedoch ist man zu einer kritischen Auswahl der ansiedlungswilligen Betriebe unter Berücksichtigung von Umweltfaktoren übergegangen - es dominiert die elektronische Industrie. Als sehr wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung wird die enge Kooperation zwischen den wissenschaftlichen Einrichtungen Warschaus (2/3 aller wissenschaftlichen Institute befinden sich in Warschau) und der Industrie eingeschätzt. Allerdings strebt man in den letzten Jahren eine Dezentralisation der wissenschaftlichen Versorgung an.

Warschau liegt, vergleicht man es mit den Wojewodschaften (Polen ist in 17 W. (Regierungsbezirke) und 5 freie Städte aufgliedert), bei der Industrieproduktion an zweiter Stelle. Die besonders hohe Produktivität der Warschauer Industrie - 4 % der Bevölkerung erbringen 8 % der industriellen Produktion - wird mit der schon erwähnten engen Zusammenarbeit der Betriebe mit den Hochschulen in Verbindung gebracht.

Großen Wert legen die Warschauer Stadtplaner nach den Ausführungen des Referenten auf eine gesunde Relation zwischen Grünflächen in der Stadt und den Gebäuden. Man kontrolliert das Anwachsen der Stadt (Zuzugsbeschränkungen) und nennt als Höchstgrenze der Bevölkerungszahl auf der jetzigen Fläche die Zahl von 1,55 Millionen Einwohnern (rund 250.000 mehr als gegenwärtig). Man ist bestrebt, die noch sehr umfangreiche landwirtschaftliche Nutzfläche im Stadtgebiet zu erhalten, ebenso die Wälder. Der weniger gut landwirtschaftlich nutzbare Boden wird als Bauland für die immer noch sehr notwendige Vergrößerung des Wohnungsangebotes ausgewiesen. (Zur Wohnungsproblematik siehe auch die Ausführungen im Bericht zur Kommunalpolitik.)

Zum Bereich der Planung:

Es existiert ein Generalplan bis zum Jahre 1985, der in Zusammenarbeit verschiedener Gruppen erstellt wurde (Stadtplanungsamt, Ministerium, Architekturstudenten, Stadtparlament). Man strebt die Gliederung des ganzen Landes in größere Planungseinheiten als die z. Z. bestehenden an, 10 Agglomerate in ganz Polen; die Richtlinien für die Entwicklung einer solchen Einheit werden im Nationalplan festgesetzt, der vom Parlament beschlossen wird.

- In der an das Referat anschließenden Diskussion wurden verschiedene Fragenkomplexe zusätzlich angesprochen -
- eine Vernachlässigung des gesamten Landes durch die Konzentration der wissenschaftlichen Planungseinrichtungen in Warschau wurde als Faktum bestätigt. Man sei jedoch bemüht, diesen Zustand zu ändern und strebe eine ausgeglichene wirtschaftliche Planung und wissenschaftliche Versorgung für ganz Polen an.
- Zur Frage der Prioritäten im Wohnungsbau: faktischer Vorrang größerer Wohneinheiten, auch aufgrund der hohen Infrastrukturkosten, gemeint sind Mehrfamilienhäuser. Zur Zeit hat jeder Bürger Anspruch auf 14 m² Wohnfläche, für 1990 werden jedoch 20 m² angestrebt, die durchschnittliche Größe der Wohnungen beträgt heute 45 m². 80 % der Wohnungen werden von Genossenschaften errichtet, Eigentümer der Wohnungen bleiben die Genossenschaften, es gibt also kein persönliches Eigentum an den Wohnungen, sondern eine Beteiligung am Genossenschaftseigentum. Lediglich 1 % der Bauten sind Eigenheime.
- Bei genauerer Erkundigung nach der vorher erwähnten Berücksichtigung sozio-ökonomischer Faktoren in der Planung stellte sich heraus, daß keinerlei Anstrengungen gemacht werden, neue Wohnformen als Alternative zu den stereotyp und phantasielos wirkenden Hochhausblöcken in Warschau zu entwickeln. Nachdem zuerst auf die begrenzten technischen und ökonomischen Möglichkeiten hingewiesen worden war (immer noch großer Bedarf an schnell und billig zu errichtenden Wohnungen), sagte der Vortragende allerdings ganz deutlich, daß die Leute es ja gar nicht anders haben wollten, ja, sie seien sehr zufrieden mit den ihnen angebotenen Wohnungen.

Auf einen Einwand, der auf die möglicherweise vermehrten sozialen Schwierigkeiten in solchen Wohnsiedlungen hinwies, erhielten wir die Antwort, Kriminalität und Ehescheidungen gebe es überall. Es sei allerdings doch Ziel dieser Planungen, in solchen Siedlungen sowohl eine ausreichende materielle Versorgung wie auch eine gute Ausstattung mit kulturellen und Erholungs-Einrichtungen zu gewährleisten. Für die Bereiche, in denen dieses Ziel noch nicht erreicht sei, müsse man vorläufig bessere Verkehrsverbindungen zu den Zentren der Städte schaffen. Man strebe auch ein gut gemischte Nutzung dieser Innenstädte an (Wohnen-Arbeiten-Freizeit). Auch in neuen Siedlungen werde man sich bemühen, eine Einheit von Produktion, Administration, Wohnmöglichkeiten und Erholung zu erreichen, diese Versuche befänden sich allerdings noch am Anfang ihrer Entwicklung.

- Möglichkeiten zur Planungspartizipation der späteren Bewohner bestehen faktisch nicht; es gibt Kommissionen bei der Stadtverwaltung, die aus interessierten Bürgern zusammengesetzt sind, das sind allerdings auch meistens wieder Fachleute. Die neuen Bebauungspläne werden in den betreffenden Gemeinden ausgelegt.

Fazit: Die Stadtplanung ist ebenso technokratisch orientiert wie bei uns.

Gespräch in der polnischen Außenhandelskammer.

In einem Gespräch mit Vertretern der polnischen Außenhandelskammer, einer Institution, die dem Außenhandelsministerium untersteht, wurde deutlich, daß sich nach Kriegsende bis in die gegenwärtige Zeit in Polen ein Wandel von einem agrarisch strukturierten Land zur Industrialisierung vollzieht, wobei die Entwicklung der Schwerindustrie (Eisen und Stahl, Maschinen- und Schiffsbau) besondere Priorität genießt. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt ist auf 20 % zurückgegangen, während der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen noch 37 % beträgt (Zahlen für 1973).

Die Anfang der fünfziger Jahre bestandene Neigung zur wirtschaftlichen Autarkie erwies sich als Fehlversuch, so daß die Volksrepublik Polen (VRP) heute durch Partizipation an der internationalen Arbeitsteilung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung erreichen will. Innerhalb des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) besteht eine Arbeitsteilung, die der Spezialisierung dient und durch Kauf ausländischer Lizenzen zu qualifizierter Produktion auf bestimmten Wirtschaftssektoren führt. Diese Arbeitsteilung im Comecon verbietet jedoch keine Produktion bestimmter Waren und betrifft auch nicht alle wirtschaftlichen Bereiche, z. B. herrscht bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein Konkurrenzkampf innerhalb des Comecon.

Die spezifizizierte Regelung der Arbeitsteilung wird durch langfristige Koordination der nationalen Wirtschafts- und Investitionspläne von Fachkommissionen auf Comeconebene festgelegt. Die Kontingentierung (d. h. die Bestimmung fester Liefermengen) und der Austausch bestimmter Güter erfolgt durch bilaterale Verträge.

Diese Regelungen machen Polen zum Alleinlieferanten von Produkten der chemischen Industrie innerhalb des Comecon und zu einem wichtigen Rohstofflieferanten (Kohle, Schwefel, Kupfer).

Polen sieht sich für die westlichen Industrienationen in der Rolle eines interessanten Handelspartners, wobei der Handelsaustausch z. Z. 12 Milliarden Dollar bei einer jährlichen Steigerungsrate von 14 - 21 % beträgt. (Zum Vergleich: das BSP stieg 1973 um 8 %; die industrielle Produktion um 10 %)

Polen erhofft, durch westliche Kredite im Austausch gegen Exportartikel den bestehenden Kapitalmangel zu beseitigen und die Industrialisierung voranzutreiben, da gerade die internationale Entspannungspolitik z. Z. eine längerfristige Planung der Kapazitätsauslastung erlaubt. Besondere Interesse besteht auch an der Produktionssteigerung der Konsumgüterindustrie.

Das Handelsaustauschvolumen zwischen der VRP und der BRD beträgt z. Z. jährlich etwa 3 Milliarden DM, wobei das Export-Import-Verhältnis von 1,2 - 1,8 Mrd. DM für Polen sehr ungünstig ist und ein Interesse an einer ausgeglichenen Handelsbilanz besteht. Polen sieht sich durch die EWG-einheitlich geregelten Zölle benachteiligt und würde die Übertragung der Zollhoheit auf die Einzelnen EWG-Länder befürworten.

Weitere Schwierigkeiten in den gegenseitigen Handelsbeziehungen liegen auf Unternehmensebene, da die bundesrepublikanischen Unternehmen keinen intensiven Kontakt zur polnischen Außenhandelskammer pflegen.

Auf Fragen nach den z. Z. die polnisch-westdeutschen Beziehungen belastenden Kreditregelungen wurde nur ausweichend geantwortet, da dies Regierungspolitik sei, jedoch werden die von der Bundesregierung angebotenen Kredite in Höhe von DM 1 Mrd. von polnischer Seite als zu gering erachtet.

Die Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft.

Die Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft haben im wesentlichen drei Hauptfunktionen. Die erste, sogenannte "partizipierende Funktion" ist organisatorisch wirtschaftlicher Art. Das heißt, die Gewerkschaften nehmen aktiv am Lösen von gesellschaftlichen Aufgaben teil, sie organisieren den gesellschaftlichen Wettbewerb, helfen wirtschaftliche Aufgaben zu bewältigen, wobei sie auch an der Planung direkt beteiligt werden.

Als gleichwertige, zweite Funktion haben die Gewerkschaften die Repräsentation und Vertretung von Arbeiterinteressen übernommen. Hier taucht das Problem auf, ob Gewerkschaften im sozialistischen System überhaupt noch nötig sind.

Die Notwendigkeit der Existenz von Gewerkschaften auch im sozialistischen System, wird jedoch ohne Einschränkung bejaht, aus Gründen, die gleich bei der Behandlung des Verhältnisses der Gewerkschaften zu anderen gesellschaftlichen Organisationen noch im einzelnen dargestellt werden.

Die dritte Funktion, die die Gewerkschaften haben, liegt auf kulturell-erzieherischem Gebiet. Hier soll das kulturelle Niveau der Arbeiter gehoben werden, wobei interessierte Mitglieder an Seminaren mit allgemein bildender und wirtschaftlicher Thematik teilnehmen können. In eigenen Kulturheimen, wo Kulturarbeit im weitesten Sinne betrieben wird, werden ebenso kulturelle Inhalte vermittelt.

Die Umsetzung dieser Drei-Funktionen-Theorie in die Praxis stößt aber auch in Polen auf einige Schwierigkeiten, besonders, wenn es um die Bedeutung der einzelnen Funktionen geht. Begründet wird dies mit der etappenweisen Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft.

Großen Raum in der gesellschaftlichen Gewerkschaftsdiskussion nimmt, wie oben schon angesprochen, das Verhältnis der Gewerkschaften zu anderen gesellschaftlichen Organisationen ein, da es naturgemäß hier zu den größten Konflikten kommt. Als Oberprinzip gilt für die Gewerkschaften, wie für die anderen Organisationen, daß sie sich den allgemeinen, sozialistischen Zielen der Gesellschaft unterzuordnen haben. Für das Verhältnis Gewerkschaft - Partei heißt das, daß die Gewerkschaften das Programm übernommen haben, das von der Partei gemacht worden ist. Ebenso sind viele Parteigenossen in den Gewerkschaften tätig. Hier hat sich ein Streit entzündet: Sollen die Gewerkschaften lediglich ein Transmissionsriemen der Partei sein? Die Gegenseite meint, wenn schon Transmissionsriemen, dann aber gegenseitig. Diese Diskussion, die noch im Gange ist, wird, wie alle anderen Diskussionen über Gewerkschaftsprobleme, mit Hilfe der Werke Lenins geführt.

Bei dem Verhältnis der Gewerkschaften zu anderen Organisationen muß zunächst zwischen dem sozialistischen Staatsbegriff im weiteren und dem im engeren Sinne unter-

schieden werden. Nach dem sozialistischen Staatsbegriff iWS sind die Gewerkschaften ein Teil der verschiedenen staatlichen Organisationen. Hier liegt in der Regel eine Gleichrangigkeit vor.

Nach dem sozialistischen Staatsbegriff ieS sind die Gewerkschaften Teil der staatlichen Administration, was bei der Behandlung des Verhältnisses Gewerkschaften - Verwaltungsorganisationen Probleme aufwirft. Heute werden die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Verwaltung stärker betont, wobei jedoch offen auf die Konflikte zwischen den beiden Organisationen hingewiesen wird, die sich aus der unterschiedlichen Aufgabenstellung ergeben. Man ist heute aber zur Erkenntnis gelangt, daß Konflikte eine durchaus positive Rolle spielen, da der Fortschritt dadurch beschleunigt wird. Auch beugen die Gewerkschaften damit dem Bürokratismus vor. Alles in allem werden diese Konflikte als nützlich und positiv anerkannt.

Zur Struktur und Organisation der Gewerkschaften ist zu bemerken, daß 95 % aller Beschäftigten Mitglieder der Gewerkschaftsverbände sind. Die Gewerkschaften sind, genau wie bei uns, einerseits nach Branchen gegliedert. Alle 23 polnischen Branchenverbände sind in einem Dachverband zusammengeschlossen. Der zentrale Gewerkschaftsrat ist das höchste Gremium der Gewerkschaften. Hier werden grundsätzliche Probleme erörtert und Konflikte zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden beigelegt. Dabei werden die Prioritäten aus Entwicklungs- und Planfestlegungsdaten zur Hilfe genommen, so daß manchmal eine Gewerkschaft vor einer anderen zurückstecken muß, wenn ein Bereich als wichtiger eingestuft wird. Als Beispiel können die unterschiedliche Gewichtigkeit der Interessen der Bergarbeitergewerkschaft und die der Krankenschwestern angeführt werden.

Außer der Branchenstruktur kennt man, wie bei uns, eine Gliederung auf Kreis- und Gemeindeebene. Hier werden regionale und örtliche Probleme behandelt. Basis und Grundorgan der Gewerkschaftsarbeit bilden die Gewerkschaftsverbände in den Betrieben. Diese Gewerkschaftsverbände haben großen Einfluß auf die betriebliche

Ausgestaltung der Fragen, die sich aus der Planfestlegung ergeben. In dieser Planfestlegung werden für den Betrieb Fragen der Arbeitszeit, der Gesundheit und andere, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit im Betrieb stehen, geregelt. An der Aufstellung dieser von den Gewerkschaftsverbänden vorläufig vorgeschlagenen Planfestlegung sind neben einem Gewerkschaftskomitee, ein Parteikomitee und ein Arbeiterkomitee beteiligt. Dieses Arbeiterkomitee, in das auch nicht organisierte Arbeiter von der Belegschaft gewählt werden können, muß die Planfestlegung bestätigen. Eine Ablehnung ist zwar noch nie vorgekommen, aber es werden häufig Korrekturen vorgenommen.

Zusammenfassend kann zur Gewerkschaftsarbeit im Betrieb gesagt werden, daß man eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaftsverbänden und der Betriebsleitung anstrebt, wobei alle Probleme auf Betriebsebene geregelt werden und dem einzelnen Beschäftigten über ein Vertrauensmännersystem soviel Interessenvertretung wie möglich gewährt wird.

Eine Umfrage in polnischen Betrieben scheint das System auch zu bestätigen, denn die Arbeiter halten die Gewerkschaften im Betrieb für sehr wirkungsvoll und sind mit ihren Möglichkeiten zufrieden.

Die Löhne werden nicht auf Betriebsebene, sondern gesamtstaatlich festgesetzt. Der Durchschnittslohn liegt jetzt bei ca. 3.000,-- zł. Die Streiks und Arbeiterunruhen im Jahre 1970 haben deutlich gemacht, daß hier einiger Zündstoff lag und liegt. Obwohl ein Streik theoretisch ausgeschlossen ist, wird er heute von polnischer Seite praktisch nicht für ausgeschlossen gehalten. Die Gewerkschaften haben die damaligen Unruhen analysiert und sind zu dem erstaunlichen Ergebnis gekommen, daß sich solche Konflikte auch in der sozialistischen Entwicklung nicht vermeiden lassen. Um sich aber besser darauf einstellen zu können, soll die Stellung der Gewerkschaften, im Betrieb und allgemein, wesentlich gestärkt werden. Die zweite Schlußfolgerung aus den damaligen Vorgängen beinhaltet die Forderung nach einer Verbesserung der Lebensverhältnisse. Hier liegt auch der Schwerpunkt der heutigen Gewerkschaftsarbeit, die sich mit der Verteilung der materiellen Interessen als aktuellstes Problem befaßt.

Gespräch mit dem Rektor der SGPIS.

Bei der Aufnahmeprüfung für die SGPIS werden folgende Fächer geprüft:

Mathematik, Geschichte oder Geographie, Fremdsprachen, die Bewertung erfolgt nach einem Punktsystem.

Für die beiden ersten Fächer beträgt die höchste Punktzahl 12, für die Fremdsprache 5 Punkte, zusätzlich werden bis zu 5 Punkte nach der sozialen Herkunft addiert, und wenn der Notendurchschnitt beim Abschluß der Oberschule besser ist als 4,1 (schlechteste Note ist 1, beste 5) werden dafür zusätzlich 3 Punkte vergeben. Die höchste Gesamtpunktzahl, die erreicht werden kann, liegt also bei (12 + 12 + 5 + 5 + 3) 37 Punkten. Die Mindestpunktzahl, die ein Bewerber erreichen muß, liegt bei 13 Punkten (Mathematik 5, Geschichte oder Geographie 5, Fremdsprachen 3).

Die Zahl der aufgenommenen Bewerber richtet sich allerdings nach der Kapazität der Hochschule (bei der SGPIS im letzten Studienjahr 700 von 2.500 Bewerbern).

Der Studienlauf ist verhältnismäßig streng durch einen Stundenplan bestimmt. Ein Studium an verschiedenen Fakultäten einer Hochschule, erstrebt ein interdisziplinäres Studium an der Universität, ist nur für eine sehr geringe Zahl von Studenten, die die besten Studienleistungen erbringen, möglich.

Das Studienjahr ist durch mehrere Prüfungen gegliedert (an der SGPIS in einem Halbjahr zwischen 3 und 6). Eine nicht bestandene Prüfung kann lediglich einmal wiederholt werden, beim Nichtbestehen der Wiederholungsprüfung kann der Student vom Studium ausgeschlossen oder ins vorangehende Semester zurückgestuft werden.

Hat ein Lehrerkollegium den Eindruck der Student sei nicht fähig zum Erreichen des Studienzieles, kann es den Studenten auch während des Studienjahres ausschließen.

Auf eine entsprechende Frage wies der Rektor auf die Möglichkeit eines "Post-graduate-Studiums" für ausländische Studenten, bei denen der Unterricht in Fremdsprachen erteilt wird, hin; die Dauer eines solchen Studiums liegt

zwischen einem halben und einem Jahr.

An der SGPIS studieren an 5 Fakultäten etwa 10.000 Studenten, von denen etwa 5.000 Vollzeitstudenten sind; der Rest setzt sich aus Teilzeit- und Fernstudenten zusammen.

Diskussion im Ost - West - Institut.

Dieses Institut betreibt politikwissenschaftliche Forschungen und untersucht speziell ideologische und theoretische Probleme.

Die Diskussion verlief sehr eigenartig, da von Seiten des Institutes immer wieder nach der Rolle der Vertriebenen-Verbände, der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) oder der Finanzierung dieser Organisationen gefragt wurde. Auch wurde die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen nicht so positiv beurteilt, wie von allen anderen Diskussionspartnern. Die Revision der Schulbücher erfolgte nicht so schnell wie erhofft und neben den Geschichtsbüchern wurden zum Beispiel auch die Geographiebücher beanstandet. Auch wenn sich die Lage ganz allgemein langsam verbessere, gäbe es auf einigen Bereichen immer noch Störungen und erneut wurde dann wieder auf die DJO hingewiesen.

Auch wurde die Presse in der Bundesrepublik kritisiert, die noch zu negativ über Polen berichte, nicht gute oder böse, sondern objektive Berichte seien notwendig. Die politische Orientierung der Springer-Presse wird offenbar nicht so gefährlich eingeschätzt, denn in letzter Zeit habe man weniger negative Berichte gelesen. Überhaupt scheint die Presse das Hauptinformationsmaterial zu sein, denn z.B. über die Probleme der Jusos mit der SPD-Parteiführung scheinen die Informationen auf Presseberichten und nicht auf Originalunterlagen zu beruhen.

Offizielle Jugendkontakte in Form eines deutsch-polnischen Jugendwerkes sind zur Zeit unvorstellbar. An Kontakten mit dem Bundesjugendring stört die Existenz der DJO und mit dem Ring politischer Jugend dagegen scheint man noch

nicht gesprochen zu haben. Der Ärger, den die SDAJ mit diesen beiden Organisationen hat, wurde nicht angesprochen, man scheint zu sehr auf bundesdeutsche Reaktionäre fixiert zu sein.

Gespräch mit dem Pressereferenten der deutschen Botschaft.

Dr.S. gab uns aus seiner Sicht einen kurzen Überblick über die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages hätten sich die Beziehungen zunächst sehr gut entwickelt, in den letzten Wochen sei allerdings durch die Diskussion und Verquickung der Fragen Kreditgewährung - Ausreisegenehmigungen an Deutschland in der deutschen Presse eine Verschlechterung eingetreten. Nachdem in einer Bundestagsdebatte in diesem Zusammenhang von "Menschenhandel" die Rede gewesen sei, habe es scharfe Reaktionen in der Polnischen Presse sowie der öffentlichen Meinung gegeben.

Die Frage der Kreditgewährung (oberste Grnze auf Seiten der BRD 1Mrd. DM) habe auch die Verhandlungen über einen Kulturvertrag, die bisher gescheitert sind, beeinflusst. Polen benötige wirtschaftliche Unterstützung, hierbei sei allerdings die Struktur des polnischen Exports, die durch die Planwirtschaft und die daraus resultierende geringe Flexibilität bei der Anpassung an die Marktgegebenheiten der BRD geprägt sei, Gegenstand d er Kritik bei den deutscher Handelspartnern.

Man erhoffe sich von einem Besuch Giereks eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, allerdings sei ein Termin dafür noch nicht festgelegt.

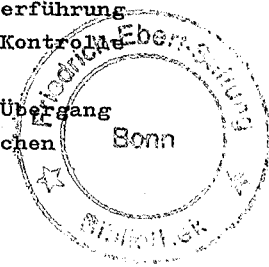
Im Gegensatz zum Polenbild der BRD-Bürger, das veraltet sei, seien die Polen über die Verhältnisse in der BRD sehr gründlich und umfassend informiert. Man strebe eine bessere Information in der BRD über Polen an. Zu diesem Zweck wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Städten Westdeutschlands "Polnische Tage" veranstaltet.

Betriebsbesichtigung bei Polski Fiat.

Die Werksbesichtigung begann ohne Vorgespräch um 9.30 Uhr. Dabei erfuhr man, daß Fiat-Modelle der Typen 125, 126, 127 und 130 in Polen gebaut werden. Gebaut bedeutet in diesem Zusammenhang, daß sämtliche Einzelteile in Polen hergestellt werden, mit Ausnahme von Glas-, Gummi- und Plastikteilen, die aus Jugoslawien importiert werden. Soweit man sehen konnte, beziehen sich die vorigen Angaben zumindest zum Zeitpunkt der Besichtigung nur auf die Produktion des Modells 125 Limousine und Kombi, welches als meistgebautes Modell mit 14.000 Stück - d. h. 480 pro Tag oder 2 Wagen in der Minute hergestellt wurde. 70 % dieser Produktion sind für den Export bestimmt. Mit 17.000 Beschäftigten in dem besichtigten Betrieb und weiteren 5.000 Mitarbeitern in Zweigbetrieben gehört Polski-Fiat zu den größten Unternehmen Polens. Mit dem Rundgang wurde zuerst die moderne Motorenproduktion besichtigt, danach die Karosserieproduktion und Lackierung und anschließend die Endmontage. Dabei fiel besonders auf, daß zum einen an bestimmten Stellen der Fließbandproduktion extrem schnelle Arbeit geleistet werden mußte und zum andren, daß selbst die wenigen Arbeiter, die mit Schutzbrillen versehen waren, diese bei Schweißarbeiten nicht benutzten, geschweige denn Schutzkleidung trugen. Es war auffällig, daß es an manchen Stellen eine starke Personalüberbesetzung zu geben schien.

Gespräch mit einem Professor der SGPIIS über die Rolle der Produktionsgenossenschaften in der polnischen Landwirtschaft.

Im Rahmen der marxistischen Ökonomie nehmen die Eigentumsverhältnisse einen wichtigen Platz ein und die Überführung der Produktionsverhältnisse in gesellschaftliche Kontrolle und Lenkung wird als Sozialisierung bezeichnet. Auf dieser Grundlage vollzieht sich in Polen der Übergang von kleinbäuerlichen zu modernen landwirtschaftlichen Betrieben.



Während in den kapitalistischen Staaten durch Zentralisation der Landwirtschaft die Kleinbauern beseitigt werden, erfolgt dies in Polen durch freiwillige Fusion zu Produktionsgenossenschaften unter staatlichen Einfluß mit dem Ziel, moderne Leistungsbetriebe durch Mitarbeit der Bauern und unter Kontrolle des Staates zu errichten. Der Anteil der Produktionsgenossenschaften an der landwirtschaftlichen Nutzfläche beträgt ca. 1% (in privater Hand sind ca. 83%) und hat dementsprechend ein geringes quantitatives Gewicht. Die Produktionsgenossenschaften sind jedoch ein wichtiges Glied in der Umstrukturierung der polnischen Landwirtschaft.

In den Jahren 1949 - 56 erfolgte in Polen eine beschleunigte Sozialisierung und der Eintritt in die Genossenschaften erfolgte zwangsweise. Sie waren alleinige Form der Sozialisierung. Diese Maßnahme führte zu geringeren Erträgen von mangelhafter Qualität.

Ab 1956 galt das Prinzip der Freiwilligkeit des Sozialisierungsvorganges. Die Produktionsgenossenschaften wurden nicht die alleinige Form der Sozialisierung, parallel zu ihr erfolgt eine sogenannte technologische Sozialisierung des Bodens.

Bedingt durch das Freiwilligkeitsprinzip erfolgte ein Rückgang der Zahl der Genossenschaften von 10500 (1956) auf 1072 (1971), wobei gleichzeitig jedoch eine qualitative und quantitative Steigerung bei den Erzeugnissen zu beobachten ist.

Statistisch:	1965	1970	1971
Zahl der Produktionsgenossenschaften	1.268	1.106	1072
Zahl der Mitglieder	30.834	37.008	38.531
durchschnittliche Fläche in ha landwirtschaftliche Nutzfläche	184	256	271
globales Einkommen pro ha (Zloty)	3639	4493	5779
Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche:			
privatbäuerliche Wirtsch.	84.8%	83.4%	83%
Maschinenring in Nutzfl.	0.7%	0.5%	0.6%
Produktionsgenossenschaften	1%	1.3%	1.3%
staatliche Unternehmen	13.5%	14.8%	15.1%

Der polnische Staat verfolgt in der Landwirtschaft gleichzeitig die Ziele der Produktivitätssteigerung und der Sozialisierung, wobei das Schwergewicht auf dem ersteren Bericht liegt. Die Genossenschaften sind für den Bauern verständliche Instrumente der Modernisierung. Die Genossenschaften haben, gefolgt von den privatbäuerlichen und den staatlichen Unternehmen die höchsten ökonomischen Erfolge.

Organisation einer Genossenschaft:

Vorraussetzung zur Bildung einer Genossenschaft ist eine erforderliche Mindestgröße. Die, von den Bauern eingebrachte landwirtschaftliche Nutzflächen werden wie die Maschinen genossenschaftliches Eigentum. Ein Genosse kann gleichzeitig privates Eigentum an Nutzflächen besitzen. Für den Eintritt in die Genossenschaft erhält der einzelne keine materiellen Vorteile. In Krisenfällen kann die Genossenschaft jedoch auf Hilfe des Staates rechnen.

Höchstes Gremium der Genossenschaft ist die Vollversammlung, in der jedes Mitglied ein Stimmrecht besitzt, gleichgültig welche Kapitalien er in die Genossenschaft eingebracht hat. Die Generalversammlung bestimmt die Art und Menge des landwirtschaftlichen Anbaues (ein staatlicher Plan hierzu existiert nicht) und ist auch für die Aufnahme von Neumitgliedern zuständig. Ein Austritt aus der Genossenschaft ist jederzeit unter Zurückerstattung der eingebrachten Kapitalien möglich.

Die Entlohnung der einzelnen Genossen erfolgt nach einem dualen System unter Aufrechnung der geleiteten Arbeitstage und der eingebrachten Kapitalien. Zur Zeit laufen einige Versuche zur Auszahlung eines festen Lohnes.

Den Genossenschaften fallen auch bestimmte soziale und kulturelle Aufgaben zu.

Der Staat übt seinen Einfluß auf die Landwirtschaft durch ein System der indirekten Planung mittels der Preisgestaltung aus. Er schließt mit den privaten Kleinbauern jeweils fünfjährige Kontrakte ab, welche eine Garantiesumme für den Ankauf bestimmter Produkte festlegt. Auf diese Weise wird die tierische Produktion faktisch zentral gelenkt. Neben diesem staatlichen Kontraktssystem erfolgt die sogenannte technologische Sozialisierung des Bodens. In Polen herrscht ein Defizit an Traktoren und Mähdreschern (mangels

eigener Produktionsmöglichkeiten) und sind privat nicht zu erwerben. Der Staat stellt jedoch den Privatbauern gegen Zahlung einer Steuer die Maschinen zur Verfügung. Dadurch ersetzen die Maschinenringe die Beseitigung der Besitzverhältnisse.

Gesamtwirtschaftlich gesehen hat die Landwirtschaft die geringste Produktivität aller Produktionszweige. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt beträgt 20% ; der Prozentsatz der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbsmäßigen beträgt 37%. Hier dürfte auch einer der wesentlichen Gründe zu suchen sein, daß die Volksrepublik Polen nicht dem Beispiel anderer sozialistischer Staaten gefolgt ist und die gesamte Landwirtschaft unter direkte staatliche Kontrolle gestellt hat.

Besichtigung der Staatswirtschaft.

Der Betrieb ist aus einem freiwilligen Zusammenschluß von 17 Bauernhöfen entstanden; er umfaßt ein Gebiet von ca. 15.000 ha und beschäftigt ca. 1.500 Arbeiter. Hauptprodukte: Kartoffeln, Qualitätskorn, Fleisch. Der Viehbestand beläuft sich auf 3.000 Rinder, 70 % des produzierten Fleisches werden exportiert, sowohl in Form von Lebendvieh als auch von Konserven. Man ist bemüht, einen größeren Teil der Produktion für die Bedürfnisse des eigenen Landes, wo insbesondere in den Städten noch ein hoher ungedeckter Bedarf besteht, nutzbar zu machen.

Es besteht ein umfangreicher Handel mit den privaten Bauernhöfen in der Umgebung. So wird z. B. von diesen Betrieben Jungvieh eingekauft, und die Produktionsgenossenschaft liefert Saatgetreide o. ä. an sie.

Die in dem Betrieb Beschäftigten wohnen in den umliegenden Dörfern, es wird allerdings angestrebt, eigene Siedlungen für sie zu bauen.

- Besichtigung einer Produktionsanlage für Rindfleisch -
Die Produktionsstätte ist nach einer aus Italien angekauften Lizenz errichtet worden; es werden 3.000 Rinder gehalten, die Anlage besteht aus 4 Bauten, in denen sich je ca. 700

Tiere befinden. Die Tiere kommen in einem Alter von wenigen Monaten mit einem Gewicht von 140 kg von einer Aufzuchtstätte. Sie werden dann so lange in der PG gemästet, bis sie das erwünschte Schlachtgewicht erreicht haben. Alle 40 Tage kommen 360 neue Tiere an. 10 % der Tiere fallen durch Krankheit oder Tod aus. Die Tiere halten sich dicht gedrängt in den gleichmäßig temperierten Ställen auf, sie haben überhaupt keinen Auslauf, Das Futter besteht aus Mais, der mit Restprodukten der Brauereiwirtschaft angereichert wird. Künstliche bzw. chemische Mittel werden nach Angaben des leitenden Ingenieurs nicht verfüttert. Das Futter wird in Silos gelagert. Die gesamten Aufgaben in dieser Produktionseinheit werden von 10 Beschäftigten wahrgenommen.

Besichtigung der Lenin-Werft in Danzig.

Die Lenin-Werft ist die größte Werft Polens. Ihre Belegschaft zählt 17.000 Beschäftigte. Davon sind ca. 1100 als Ingenieure beschäftigt. Die Arbeitnehmer haben zur Weiterbildung die Möglichkeit, Schulen zu besuchen. Zur Verfügung stehen 2 Berufsschulen, 2 Technische Schulen und 1 Technische Hochschule.

In der Werft werden Halb-Container gebaut, die eine Geschwindigkeit von 22 Knoten erreichen. Außerdem Spezialschiffe wie Bananentransporter, Holztransporter, Kohlentransporter, Fischereifahrzeuge und Trawler. Etwa 80 % sind für Exportzwecke bestimmt. Davon gehen 50 % in die UdSSR und 30 % nach Brasilien, Portugal, Frankreich, Niederlande, Kuba, BRD, Großbritannien, China, Indonesien, Rumänien, Norwegen, Mexiko; 20 % bleiben in Polen. Anzumerken ist, daß die momentan montierten Schiffe ausschließlich für die UdSSR bestimmt zu sein scheinen, da fast alle als Eisbrecher gebaut werden. Die zukünftigen Heimathäfen lassen vermuten, daß die Schiffe im nördlichen Eismeer eingesetzt werden.

Die Jahresproduktion soll 30 Schiffe = 255.000 Brutto-Registertonnen betragen. Effektiv produziert werden aber nur ca. 15 - 19 pro Jahr. Beispiel: seit 1949 wurden 674 Schiffe gebaut, das ergibt einen Jahresdurchschnitt von 19.

Von der Werft werden außerdem noch Zweitakt-Dieselmotore mit einer Leistung von 6000 - 8000 PS hergestellt. Sie werden in Danzig sowohl in der 5 als auch in der 6 und 7 Zylinder-Ausführung gebaut. Die Motoren sind besonders für automatischen Betrieb aber auch für Fernsteuerung geeignet. Nach dem Streik der Werftarbeiter im Jahre 1970 stiegen die Löhne um 15 %. Das Durchschnittseinkommen liegt bei 3800 zl., im Akkord kann man zwischen 6000 und 7000 zl. verdienen. Folge des Streiks war ebenso die Verbesserung eines Teilbereichs der Sozialleistungen. Nach Aussage entstanden modernere Aufenthaltsräume für die Arbeitnehmer. Doch auch bei dieser Betriebsbesichtigung war festzustellen, daß die Sicherheitsbestimmungen sehr zu beanstanden waren - keine Schutzanzüge und Schutzbrillen beim Schweißen und keine Helme bei der Montage. Besonders verblüffend war die Tatsache, daß man noch bei minus 12 Grad Celsius im Freien arbeitet, die Schweißer in den Hallen sogar noch bei minus 14 Grad C. Allerdings darf man sich nach dem Erreichen dieser Temperatur einige Zeit in geheizten Hallen aufhalten.

Als Fazit der beiden Werksbesichtigungen ergibt sich ein verblüffend großzügiger Umgang mit Sicherheitsvorrichtungen aller Art. Sowohl in den Werkshallen als auch im Freigelände beider Werke mußte der Eindruck entstehen, daß eine Rationalisierung der Produktion durch systematische Ordnung im Betrieb noch nicht soweit gediehen ist.